

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Landesregierung steht nach wie vor dazu, die Perspektive „Verkehrstote null“ Wirklichkeit werden zu lassen.

Kiffen und Saufen töten im Straßenverkehr. Deshalb lehnt die Landesregierung jede Diskussion über eine Erhöhung der Grenzwerte bezüglich des Drogen- oder Alkoholkonsums ab und folglich auch den Antrag der Piraten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelte Beifall von der CDU – Michele Marsching [PIRATEN]: Das ist lächerlich! Das ist lächerlich! Das ist null mit der Sache beschäftigt!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Innenausschuss empfiehlt in Drucksache 16/14056, den Antrag Drucksache 16/11887 abzulehnen. Wir stimmen direkt über den Antrag der Piraten ab. Wer ist dafür? – Mutmaßlich die Piratenfraktion und der fraktionslose Kollege Schwerd. Wer ist dagegen? – SPD, CDU, die Grünen und die FDP-Fraktion. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/11887** mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

(Kai Schmalenbach [PIRATEN]: Loser! Loser! – Michele Marsching [PIRATEN]: „Mutlos“ heißt das Wort!)

Ich rufe auf:

18 Zwanzigster Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu
einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2
der Landesverfassung
Drucksache 16/13947

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses
Drucksache 16/14274

Alle Fraktionen haben sich darauf verständigt, die Reden zu Protokoll zu geben (*Anlage 5*).

Wir kommen somit zur Abstimmung. Der Hauptausschuss empfiehlt in Drucksache 16/14274, dem Antrag der Landesregierung Drucksache 16/13947 zu

entsprechen und damit dem Zwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag zuzustimmen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer ist für den Antrag? – SPD, CDU, die Grünen, die Piratenfraktion und der fraktionslose Kollege Schwerd. Wer ist dagegen? – Die FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

Hatte ich Herrn Kollegen Stüttgen übersehen? Ist er dafür?

(Gerd Stüttgen [fraktionslos]: Mit der SPD gestimmt! – Michele Marsching [PIRATEN]: Er hat mit der SPD gestimmt!)

– Entschuldigung, das kam hier akustisch nicht an. Der Kollege Stüttgen hat mit der SPD gestimmt und damit zugestimmt.

Damit kann ich feststellen, dass dem **Antrag Drucksache 16/13947 stattgegeben** ist und die **Zustimmung zu dem Staatsvertrag erteilt** wurde.

Ich rufe auf:

19 Zehntes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie zur Änderung weiterer Gesetze

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/14330

erste Lesung

Herr Minister Jäger hat mitgeteilt, die Einbringungsrede zu Protokoll zu geben (*Anlage 6*). Eine weitere Aussprache ist heute nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/14330 an den Innenausschuss**. Alle fünf Fraktionen haben sich zudem darauf verständigt, den Gesetzentwurf auch an den Ausschuss für Kommunalpolitik zur Mitberatung zu überweisen. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist die Überweisung des Gesetzentwurfs einstimmig so **beschlossen**.

Ich rufe auf:

20 Einspruch des Abgeordneten Dietmar Schulz gegen das Beschlussprotokoll der Plenarsitzung am 14. Dezember 2016 (Beschlussprotokoll 16/131 Neudruck)

Unterrichtung
durch die Präsidentin
Drucksache 16/14412 – Neudruck

Eine Aussprache dazu ist nicht vorgesehen.

Wir kommen somit zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag in der genannten Unterrichtung. Wer ist dafür? – SPD, CDU, die Grünen, die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – Die Piratenfraktion. Wer enthält sich der Stimme? – Der fraktionslose Kollege Schwerd. Damit ist der **Beschlussvorschlag in der Unterrichtung Drucksache 16/14412 – Neudruck – angenommen.**

Ich rufe auf:

21 Noch nicht genehmigte über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2015

Antrag
des Finanzministeriums
gemäß Artikel 85 Absatz 2
der Landesverfassung
Vorlage 16/4784

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/14413

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt, die in Vorlage 16/4784 beantragte Genehmigung zu erteilen. Wir kommen somit zur Abstimmung über die genannte Vorlage 16/4784. Wer ist dafür? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Kollege Stüttgen. Wer ist dagegen? – Niemand scheint dagegen zu sein. Wer enthält sich der Stimme? – CDU, FDP, Piratenfraktion und der fraktionslose Kollege Schwerd. Damit ist der **Antrag in Vorlage 16/4784 angenommen** und die beantragte Genehmigung erteilt.

Ich rufe auf:

22 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 4. Quartal des Haushaltsjahres 2016 sowie unter 25.000 Euro im gesamten Haushaltsjahr 2016

Antrag
des Finanzministeriums
gemäß Artikel 85 Absatz 2
der Landesverfassung
Vorlage 16/4783

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/14414

Da eine Aussprache nicht vorgesehen ist, kommen wir zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt, die in der Vorlage 16/4783 beantragte Genehmigung zu erteilen. Wer ist für die Vorlage 16/4783? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der

fraktionslose Kollege Stüttgen. Wer ist dagegen? – Es gibt keine Gegenstimme. Wer enthält sich? – CDU, FDP, Piratenfraktion und Herr Kollege Schwerd. Damit ist der **Antrag in Vorlage 16/4783 angenommen** und die beantragte Genehmigung erteilt.

Wir kommen zu:

23 Jahresbericht 2016 gemäß § 28 VSG NRW

Unterrichtung
durch das Kontrollgremium gemäß
§ 23 des Verfassungsschutzgesetzes NRW
Drucksache 16/14260

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Das **Gremium kommt der jährlichen Berichtspflicht an das Plenum durch die Unterrichtung laut Drucksache 16/14260 nach.** Das habe ich hiermit festgestellt.

Ich rufe auf:

24 Mitteilung nach § 6 Absatz 3 und 4 des Abgeordnetengesetzes NRW

Unterrichtung
durch die Präsidentin
des Landtags
Drucksache 16/14368

Die Präsidentin hat die Daten zur Ermittlung eines Anpassungsbedarfs der Mitarbeiterpauschale mit der Unterrichtung laut **Drucksache 16/14368** veröffentlicht. Die Daten sind dem Landtag damit zugeleitet worden. Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Ich **stelle fest, dass sich der Landtag mit der Unterrichtung befasst hat.**

Ich rufe nunmehr auf:

25 Organstreitverfahren des Landtagsabgeordneten Dietmar Schulz gegen

1. den Landtag NRW

2. die Präsidentin des Landtags NRW wegen Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder für die 16. Bundesversammlung durch den Landtag NRW

VerfGH 3/17
Vorlage 16/4777

Beschlussempfehlung
des Rechtsausschusses
Drucksache 16/14415

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wir kommen direkt zur Abstimmung. Der Rechtsausschuss empfiehlt, in dem Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof Stellung zu nehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? – SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen,